Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10. Wahlperiode, 1979-1980

15.02.1983 - Drucksache 10/1028

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/1028
15. 02. 83

Antrag der Gruppe der BGL

Bremische Werften- und Wirtschaftskrise

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Angesichts der dramatischen Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Lage Bremens im Gefolge der Großwerftenkrise stellt die Bremische Bürgerschaft fest:

1. Die politische Verantwortung für die Auswirkungen der Schiffbau- und Werftenkrise auf Bremen trägt der Senat. Er hat daraus auch personelle Konsequenzen zu ziehen.

2. Die Erhaltung bremischer Arbeitsplätze im Großschiffbau und damit die Erhaltung Bremens als Standort hierfür liegen aktuell und auf weitere absehbare Sicht im öffentlichen Interesse Bremens. Sie sind nur zu gewährleisten durch eine nationale Schiffsbau- und Schiffahrtspolitik. Hierfür tragen Bremen, die anderen Küstenländer und der Bund die Verantwortung. Es liegt im bremischen Interesse, eine Politik zu initiieren und zu betreiben, die die anderen die Bedeutung dieser Aufgabe und zugleich damit die Bedeutung Bremens wohlwollend und dauerhaft erkennen läßt.

3. Die gegenwärtig weiter offenbar gewordene Krise führt dann nicht zu Ohnmacht und Verzweiflung, wenn sie als Chance für die Zukunft begriffen und genutzt wird. Diese Chance besteht in der grundlegenden Neuorganisation der Großwerften als Schritt zur Tendenzwende bremischer Wirtschaftspolitik: von der Aufgabenstellung über Eigentums-, Verwaltungs- und Produktionsstrukturen bis zur Produktenpalette und zu Arbeitszeitverkürzung. Unter der Voraussetzung des Willens zu einem solchen neuen Anfang ist die Übernahme der Großwerften in bremische Regie in Anrechnung der bisherigen Leistungen und unter voller Ausnutzung der wirtschaftlichen Situation von Eignern und Gläubigern, der möglichen Hilfsquellen und der Fähigkeiten sowie des Engagements der Belegschaften in Betracht zu ziehen.

Die Bremische Bürgerschaft fordert den Senat auf, das Seine dazu beizutragen, damit regierungsseitig die politischen Voraussetzungen für ein bremisches Alle-Manns-Manöver in diesen Fragen geschaffen werden. Sie fordert alle Beteiligten auf, jegliches partei- oder verbandstaktische Positionsgerangel hintenanzustellen. Sie fordert auf, gemeinsam — allen voran mit den Belegschaften — eine neue bremische Wirtschaftspolitik in Gang zu setzen.

Adamietz und Gruppe der BGL

Druck: Anker-Druck Bremen